Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Boden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 234. | Dresden, Montag den 8. Oktober 1917. | 28. Jahrg.

Der Reichstag gegen die Vaterlandspartei.

Wie lange noch, Michaelis?

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Als die Reichstagssitzung am letzten Sonnabend schloß, hätte kein Mensch, wie die Regierung des Herrn Michaelis politisch und moralisch ihre Existenz weiter fristen sollte. Die sozialdemokratische Interpellation über die alldeutsche Agitation im Heere hatte auf der Tagesordnung gestanden, sie war von Genossen Landsberg mit einer erdrückenden Fülle des Materials begründet und von anderen Rednern der Mehrheit unterstützt worden. Herr Michaelis aber war nicht da, und seine beiden Vertreter, der Kriegsminister von Stein und Herr Helfferich, hatten so unglücklich wie möglich abgeschnitten. Ein Antrag der Unabhängigen lag vor, zu erklären, daß die Beantwortung der Interpellation durch die Regierung den Anschauungen des Hauses nicht entspreche, und es war unmöglich, diesen Antrag abzulehnen, solange die Regierung nicht ganz andere weitaus befriedigendere Erklärungen abgegeben hatte, als sie soeben aus dem Munde der Herren von Stein und Helfferich vernommen worden waren. Eine Krise war also da, und nur die Vertagung des Hauses hat verhindert, daß sie augenblicklich zum Ausbruch kam.

An diesem Montag fällt nun die Entscheidung. Wahrscheinlich wird der Reichskanzler in der Montagssitzung persönlich erscheinen und sofort nach ihrer Eröffnung eine Erklärung abgeben. Diese Erklärung so zu formulieren, daß sie den Reichstag wirklich befriedigen kann, dürfte, so sollte man wenigstens meinen, nicht allzuschwer sein. Der Reichskanzler braucht sich nur daran zu erinnern, daß der Reichstagsbeschluß vom 19. Juli in seinem zweiten Teil alles enthält, was man braucht, um den Verteidigungswillen des Volkes in Waffen und daheim aufrecht zu erhalten. Andere „Richtlinien" zur Aufklärung der Armee brauchen gar nicht gesucht werden. Der Reichskanzler kann also am Montag im Reichstag erklären, daß die Aufklärung der Armee im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli erfolgen werde. Er kann hinzufügen, daß in der Armee Hetzereien gegen die Politik des Reichstags, wenn auch die seine sei, nicht geduldet werden würden. Gäbe der Reichskanzler eine solche Erklärung ab, so würde dadurch die gegen ihn eingebrachte Mißbilligungs-Resolution gegenstandslos.

Es ist indessen sehr zu bezweifeln, ob sich der Reichskanzler zu einer so klaren und entschiedenen Erklärung verstehen wird. Vielmehr muß man erwarten, daß auch seine Erklärung zu jener Art von Regierungs-Erklärungen gehören wird, die man mit der Marke rubriziert: Nichts Halbes und nichts Ganzes! Es wird dann in den Fraktionen ein großes Gerede und Gefrage beginnen über die Frage, ob sich der arme Kanzler deutlich genug gezeigt habe, um ihn diesmal noch laufen zu lassen, und über diese Frage kann es dann in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen zu Meinungsverschiedenheiten kommen.

Die Annahme einer Mißbilligungs-Resolution durch den Reichstag bedeutet entweder den sofortigen freiwilligen Abgang der Regierung oder aber für den Reichstag den moralischen Zwang, diesen Rücktritt durch Anwendung aller hierzu geeigneten Mittel herbeizuführen. Als undenkbar muß es unter den heutigen Umständen erscheinen, daß der Reichstag eine Resolution gegen die Regierung annimmt und daß dann alles beim alten bleibt. Nimmt der Reichstag die Mißbilligungs-Resolution an, so muß er sich zu jeder Kraftprobe gegenüber der Regierung stark genug fühlen und entschlossen sein, sie durchzuführen. Er muß dann dafür sorgen, daß dem zum Rücktritt gezwungenen Reichskanzler kein Nachfolger naht, der ohne Befragung des Reichstags von oben her eingesetzt worden ist. Mit anderen Worten: Die Annahme einer Mißbilligungs-Resolution gegen die Regierung muß entweder zum parlamentarischen Regime oder zu einer schweren Niederlage des Reichstags führen.

Es ist nicht schwer zu erraten, welche Art der Lösung die Sozialdemokraten als die wünschenswerteste erscheint. Montag der Regierung die verdiente Mißbilligung aussprechen, Dienstag den Nachtragsetat in dritter Lesung ablehnen und erklären, daß künftig nur einer parlamentarischen Regierung Mittel bewilligt werden würden — das wäre ein klares und ausgezeichnetes Aktionsprogramm. Ob aber für ein solches Aktionsprogramm Zentrum und Fortschrittliche Volkspartei heute schon zu haben sind, ist äußerst fraglich. Voraussetzung für das Gelingen der Aktion ist aber eine feste Mehrheit, sonst verpufft die Aktion zu einer leeren Demonstration. Und dabei würde die Schwäche des Reichstags viel weniger deutlich demonstriert werden als die Hilflosigkeit der Regierung.

Eine befriedigende Lösung des Konflikts, der am Sonnabend durch die maßlose Ungeschicklichkeit der Regierungsvertreter hervorgerufen worden ist, ist also nicht wahrscheinlich. Was wird durch eine vorläufige Verkleisterung gewonnen sein? Solange das Verhältnis des Reichstags zur Regierung und das der Zivilgewalt zur Militärgewalt nicht endgültig klargestellt und geregelt ist, behält der deutsche Reichskörper sein inneres Leiden im Leibe. Wir haben es vor dem Kriege in der Zabern-Debatte erlebt, wir haben es dann im Kriege so und so oft erlebt, und Herr von Bethmann ist eigentlich darüber gefallen. Wir brauchen Generäle, um den Krieg zu führen, und wir brauchen Staatsmänner, um den Staat zu führen. Die Generäle haben wir, aber an den Staatsmännern fehlt es. Es fehlt an ihnen seit Bethmanns Abgang mehr denn je, denn an Michaelis und Helfferich gemessen, war Herr von Bethmann immer noch ein Titan. Wenn es in der gegenwärtigen Regierung überhaupt einen Mann von kräftigem politischen Wollen gibt, so ist es nicht der Reichskanzler und nicht sein Stellvertreter, sondern der Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherr von Kühlmann.

Herr Michaelis aber hat mitsamt seinem Herrn Helfferich abgewirtschaftet. Es wäre am besten, er sähe das ein und ginge schon jetzt. Wenn nicht, wie lange kann das noch dauern?

•

Der Reichstag und die Alldeutschen.

Die Debatte über die alldeutsche Propaganda im Heere wird am Montag weitergehen, nachdem sie die siebenstündige Reichstagssitzung am Sonnabend vollkommen ausgefüllt hat. Es ist nicht alltäglich, daß eine abgebrochene Interpellationsdebatte schon in der nächsten Sitzung des Hauses fortgesetzt wird und schon darin, daß die Mehrheit trotz dem Widerspruch der Konservativen so beschloß, ist zum Ausdruck gebracht, daß sie das starke Bedürfnis hat, die Sache nicht einfach auf sich beruhen zu lassen.

Die Rede, mit der Abg. Landsberg die sozialdemokratische Interpellation begründete, beschränkte sich nicht auf Klagen über den Mißbrauch militärischer Dienstgewalt zur Begünstigung einer bestimmten politischen Agitation, wenn unser Redner auch ein sehr umfangreiches Material darüber vortrug. Manche von seinen Angaben waren aus der Presse noch nicht bekannt und sie berichteten so starke Dinge, daß die Mehrheit wiederholt in lebhafte Entrüstungskundgebungen ausbrach. Aber Landsberg hielt es mit Recht auch für seine Aufgabe, die Debatte auf das Niveau einer großen Auseinandersetzung über die Frage „Verständigungs- oder Gewaltfrieden?" zu heben. Er tat dies, wie von diesem ebenso ruhigen wie überlegten und gründlichen Redner nicht anders zu erwarten war, mit voller Beherrschung des ganzen großen Stoffs und indem er alles, was zu dieser unsere Zeit beherrschende Frage gehört, in den Kreis seiner Betrachtungen zog.

Nicht der Reichskanzler und nicht sein Stellvertreter, sondern der Kriegsminister v. Stein antwortete zunächst. Man hat es ja oft gesehen, daß der General v. Stein kein parlamentarischer Strategie, noch ein Taktiker der Debatte ist. Er erklärte zwar, daß die Politik nicht in die Armee gehöre, und daß ein Mißbrauch der Dienstgewalt zu politischen Zwecken nicht gebilligt und auch nicht geduldet werde, aber er fand sich sonderbarerweise zu einer eigentümlichen Offensive veranlaßt, indem er irgendwelche anonymen Flugschriften und unkontrollierbare Gerüchte von der Straße gewissermaßen in die andere Wagschale warf, um die Argumente Landsbergs auszugleichen. Das ließ sich die Reichstagsmehrheit und insbesondere die Sozialdemokratie nicht gefallen, sie rief den Kriegsminister immer wieder zur Sache und zeitweise war das Haus recht bewegt. Als nun gar auch Dr. Helfferich, nachdem er gleichfalls sich gegen Politik im Heere, für eine gewisse Freiheit der politischen Betätigung der Beamten und gegen jeglichen politischen Druck von Beamten auf von ihnen abhängige Personen ausgesprochen, wiederum in jenen Ton verfiel, der vom ersten Augenblick der Helfferichschen Ministerschaft an immer wieder zu Konflikten mit der Volksvertretung geführt hat, gab es einen ganz ansehnlichen Sturm.

In der Besprechung der Interpellation ließen es die Redner des Zentrums, Trimborn, und der Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Haas, an ernsten Worten der Mißbilligung gegen über diesem Auftreten der Reichsregierung nicht fehlen. Aus den eindringlichen Worten beider ergab sich auch wieder, daß die Mehrheit vom 19. Juli zusammenhält und in der Arbeit für den Verständigungsfrieden fortfährt. Die Konservativen schickten den Herrn v. Gräfe vor, der ja längst von der Linken mit gelinder Heiterkeit zur Kenntnis genommen wird. So war es auch diesmal. Der Vertreter Dr. Werner-Gießen bekannte sich offen als der wurzelechte Alldeutsche, der er ist. Aber auch der Nationalliberale Dr. Thoma verkündete die starke Hinneigung seiner Partei zu dem eigenartigen politischen Gebilde, das sich seit kurzem unter dem Protektorate des mecklenburgischen Herzogs und der Herren Tirpitz und Kapp aufgetan hat. — Von den Unabhängigen Sozialisten, die noch nicht zu Worte kamen, ist ein Mißtrauensvotum beantragt. Es heißt, daß es am Montag in der Fortsetzung der Debatte der Reichskanzler sprechen wird.

•

Besprechungen der Mehrheitsparteien.

Wie die Vossische Zeitung hört, haben die Führer der Mehrheitsparteien des Reichstages in einer am Sonnabend abgehaltenen Besprechung beschlossen, heute im Reichstag die Fortsetzung der Interpellationsdebatte vom Sonnabend auf Dienstag zu vertagen. Sie soll als erster Punkt auf die neue Tagesordnung gesetzt werden. Ferner wird die ebenfalls für heute angesetzte dritte Lesung des Nachtragsetats nicht stattfinden, vielmehr soll nach den Beschlüssen der Parteiführer beantragt werden, den Nachtragsetat noch einmal in den Ausschuß zurückzuverweisen. Man soll sich dort mit Rücksicht auf das Auftreten des Staatssekretärs Dr. Helfferich noch einmal über die grundsätzliche Frage der Zulässigkeit einer solchen Stelle wie auch über die Eignung der vorgeschlagenen Persönlichkeit schlüssig werden. Wie man der Vossischen Zeitung außerdem mitteilt, wird im Ausschuß auch Aufklärung über die Art der Verwendung von Staatsgeldern zwecks der Agitation im Heere verlangt werden, von der der Reichstag erst durch die Sonnabend-Versammlung erfahren hat. Bei der Besprechung der Führer der Mehrheitsparteien waren auch die Nationalliberalen vertreten. Die anwesenden nationalliberalen Abgeordneten waren aber noch nicht in der Lage, für ihre Fraktion Erklärungen abzugeben, da diese zu dem schwebenden Konflikt noch keine Stellung genommen hat.

Der Reichskanzler

ist am Sonnabend nach dem Großen Hauptquartier abgereist. Die Interpellationsdebatte wird daher erst am Dienstag fortgesetzt werden. Dann wird auch der Reichskanzler das Wort zu einer längeren Rede nehmen. Es ist jedoch nicht unmöglich, daß er auch bereits zu den heutigen Verhandlungen des Hauptausschusses erscheint. Noch am Sonnabend abend fanden Besprechungen der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler statt.

•

Die elsaß-lothringische Frage.

Berlin, 7. Oktober. Der Reichskanzler hatte für den späten Nachmittag des Sonnabends die Fraktionsvorsitzenden der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung gebeten, in der er den gegenwärtigen Stand der elsaß-lothringischen Frage erörterte. Den Teilnehmern an der Besprechung wurde Stillschweigen über den Inhalt der Unterredung zur strengsten Pflicht gemacht. Irgendein positives Ergebnis der bisherigen Erwägungen in der elsaß-lothringischen Frage war der Kanzler noch nicht in der Lage mitzuteilen. Eine Entschließung der Regierung ist nach keiner Richtung hin bisher erfolgt.

•

Wiederzusammentritt des Siebener-Ausschusses.

Wie das Berliner Tageblatt erfährt, tritt der Siebener-Ausschuß des Reichstages, der sich bekanntlich nach Beratung der deutschen Antwortnote auf die päpstliche Kundgebung aufgelöst hatte, demnächst wieder zusammen, um gemeinsam mit dem Reichskanzler und den führenden Bundesratsmitgliedern über die endgültige Lösung der polnischen und elsaß-lothringischen Frage zu beraten.

•

Michaelis und Kühlmann.

Der Berliner Korrespondent des Amsterdamer Tijd sagt: Es besteht unter den Friedensfreunden eine starke Strömung, die den Reichskanzler Michaelis durch Kühlmann ersetzen will. Diese Bewegung findet ihre Erklärung sowohl in den Kriegszielen, wie in der Persönlichkeit des Staatssekretärs, weil man Schwankungen und Ungeschicklichkeiten, wie sie sich Michaelis seit seinem Amtsantritt hat zuschulden kommen lassen, bei ihm nicht befürchtet.

•

Die Presse über die Vorgänge im Reichstag.

Das Verhalten der Regierungsvertreter im Reichstage hat nirgends allzugroße Freude bereitet. In der Presse der Linken erfährt es natürlich scharfe Kritik, aber auch auf der Rechten ist man nicht sonderlich begeistert. Der Vorwärts sagt:

Erfolglose englische Teilangriffe in Flandern.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Oktober 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern von Mittag bis zum Abend zwischen dem Houthoulster Walde und der Straße Menin—Ypern erheblich auf. Starkes Trommelfeuer ging englischen Teilangriffen voran, die sich gegen einzelne Abschnitte der Kampffront entwickelten. Die vom Gegner angesetzten Stoßtruppen kamen nirgends vorwärts. Unsere Abwehrwirkung hielt sie im Trichterfelde nieder.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Zu beiden Seiten der Straße Laon—Soissons wurde der Artilleriekampf zwischen dem Ailette-Grunde und der Hochfläche südlich von Paraon mit großer Heftigkeit geführt. Abends stießen bei Vauxaillon mehrere französische Kompanien vor, sie wurden durch Feuer zurückgewiesen.

Oestlich der Maas lag starkes Feuer auf unseren Stellungen und deren Hintergelände zwischen Samogneux und Bezonvaux. Die Wirkung unserer Artillerie unterband einen südwestlich von Beaumont sich vorbereitenden Angriff der Franzosen.

Auf dem

Oestlichen Kriegsschauplatz

und an der

Mazedonischen Front

keine größeren Kampfhandlungen.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.